Stand: 23.02.2026 01:20:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8961

"Für guten Unterricht in Zeiten von Pandemie und Lehrkräftemangel - Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer brauchen jetzt Planungssicherheit für das neue Schuljahr!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8961 vom 07.07.2020
2. Beschluss des Plenums 18/9231 vom 09.07.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.07.2020 **Drucksache 18/8961**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für guten Unterricht in Zeiten von Pandemie und Lehrkräftemangel – Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer brauchen jetzt Planungssicherheit für das neue Schuljahr!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Unterrichtssituation zu Beginn und auch mit Dauer des Schuljahres 2020/2021 wird gekennzeichnet sein durch

- Lehrkräftemangel in Grund- und Mittelschulen,
- dem Bestehen von Doppelstrukturen von Präsenzunterricht und Homeschooling,
- der Notwendigkeit, Zusatzangebote zum Aufholen von Lernrückständen aufgrund des coronabedingten Unterrichtsausfalles anzubieten und
- eines Ausfalls von mindestens 10 Prozent der Lehrkräfte, die aufgrund von attestierten Vorerkrankungen coronabedingt nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schulen in die Lage zu versetzen, zusätzliche Bedarfe schnell abpuffern zu können, flexibel Personal einzusetzen und eigenverantwortlich, sowohl in der Schule als auch im Homeschooling, guten Unterricht gewährleisten zu können. Dafür werden aus dem Corona-Fonds Mittel zur Verfügung gestellt, um coronabedingte Lernrückstände/ausgefallenes Lernen auszugleichen und die Lehrkräfteversorgung im Schuljahr 2020/2021 unter Pandemiebedingungen krisenfest zu machen.

Folgende Maßnahmen sollen getroffen werden:

- Bereitstellung von Schulbudgets, damit Schulleitungen bei entsprechendem Bedarf externe Expertinnen und Experten, Fachkräfte und auch externe Systembetreuerinnen und -betreuer einstellen können
- Möglichkeit freiwilliger Mehrarbeit der Lehrkräfte aller Schularten bei Entgeltausgleich
- Einführung des Programms „Zweitqualifizierung plus“, um den schulartübergreifenden Einsatz von Lehrkräften verstärkt zu ermöglichen
- Schaffung eines qualifizierten Seiteneinstiegs in den Schuldienst für pädagogische Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und akademische Kräfte aus dem MINT-Bereich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Die am 07.01.2020 vorgestellten Maßnahmen des Staatsministers für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazolo für eine sichere Unterrichtsversorgung, um den zusätzlichen Bedarf von 1 400 Vollzeitkapazitäten im Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen zu entgegnen, reichen nicht aus, um den Schulbetrieb in Zeiten der Corona-Krise sicher aufzustellen. Die Lücke von 400 fehlenden Lehrkräften konnte nicht geschlossen werden, da es u. a. nur wenige Rückmeldungen von Pensionären gab, und wird stattdessen größer, da etwa Anträge auf krankheitsbedingte Teilzeit und Ruhestand gestiegen und auch noch nicht alle bearbeitet sind.

Wir müssen uns bildungspolitisch darauf einstellen, dass es auch im kommenden Schuljahr 2020/2021 Wechselmodelle zwischen Präsenzunterricht und Homeschooling geben wird. Etwa um Schülerinnen und Schüler aufgrund eigener Vorerkrankungen oder der enger Familienangehöriger weiterhin beim Lernen zuhause zu unterstützen oder um entsprechende Gruppeneinteilungen an Schulen einhalten zu können.

Darüber hinaus wird es eine gewisse Anzahl (nach derzeitigen Einschätzungen mindestens 10 Prozent) an Lehrkräften geben, die nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können. Letztendlich muss man auch auf lokale Schulschließungen oder regionale Lockdowns reagieren können. Die Situation an den Schulen wird sehr heterogen sein. Deshalb muss u. E. die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden, um vor Ort nach Bedarf und nach Situation gut den Schulbetrieb organisieren zu können.

Es braucht verschiedene Maßnahmen und Mittel, um ein erfolgreiches Krisenmanagement zu ermöglichen. Etwa die Entlastung der Schulleitungen bei der Unterrichtsverpflichtung, um dem erhöhten Aufwand der Schulorganisation im Krisenbetrieb gerecht werden zu können, die Stärkung der Entscheidungs- und Personalkompetenz der einzelnen Schule, die Aufstockung des Verwaltungspersonals an den Schulen und die Reduzierung von Verwaltungstätigkeiten und Dokumentationspflichten von Schulleitungen und Lehrkräften.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.07.2020 **Drucksache** 18/**9231**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/**8961**

Für guten Unterricht in Zeiten von Pandemie und Lehrkräftemangel – Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer brauchen jetzt Planungssicherheit für das neue Schuljahr!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Thomas Gehring
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Dr. Anne Cyron
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Eva Gottstein
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Raimund Swoboda
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für guten Unterricht in Zeiten von Pandemie und Lehrkräftemangel - Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer brauchen jetzt Planungssicherheit für das neue Schuljahr! (Drs. 18/8961)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Mangelhafte Unterrichtsversorgung nicht weiter verschleiern - Lehrkräftemangel konsequent beheben (Drs. 18/9003)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an den Kollegen und Vizepräsidenten Thomas Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Monate seit der Schulschließung waren für viele Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte eine schwere Zeit. Der Druck in den Familien war groß. Viele Eltern fühlten sich alleingelassen mit der Lernsituation ihrer Kinder. Endgeräte fehlten. Die Unterstützung vonseiten der Schulen war sehr unterschiedlich. Eltern fühlten Überforderung angesichts der Situation von Homeoffice, Homeschooling der Kinder und unsicherer wirtschaftlicher Lage. Schülerinnen und Schüler fühlten sich alleingelassen und waren faktisch abgeschnitten von dem, was soziales Lernen, Miteinander und Peergroup in der Schule ist und was im Jugendalter so wichtig ist. Lehrkräfte mussten sich oft mit Unwägbarkeiten auseinandersetzen und haben oft die vorausschauende Ansage des Kultusministers vermisst. Ich kann Ihnen sagen, Herr Prof. Piazolo, die Menschen, vor allem die Eltern, haben sich nicht abgeholt gefühlt von einem Minister, der als "Alles wird gut"-Minister durch die Lande zieht. Die Rolle des "Alles wird gut"-Minis-

ters passt auch nicht zu den Herausforderungen, die mit dem kommenden Schuljahr anstehen.

Dieses kommende Schuljahr wird kein normales Schuljahr. Wer so tut, der unterschätzt die Gefahren der Pandemie und akzeptiert nicht, dass wir uns in den nächsten Monaten auf ein Leben mit der Pandemie einstellen müssen. Wir als Landtag und Sie als Landesregierung sind verantwortlich, die entsprechenden Vorbereitungen für dieses Schuljahr mit der Pandemie zu treffen, und zwar jetzt vor den Sommerferien. Der Herbst ist schneller da, als man denkt, und deswegen reden wir heute im Landtag über dieses Thema. Ich danke auch der SPD für diesen Antrag, den Sie gestellt haben.

Noch einmal: Das Schuljahr 2020/2021 wird kein normales Schuljahr. Es wird ein Nebeneinander von Präsenzunterricht und Homeschooling geben müssen: Das wird es allein für die Kinder geben müssen, die coronabedingt wegen Vorerkrankungen, wegen Vorerkrankungen enger Angehöriger oder auch derzeitiger Krankheiten nicht in die Schule kommen dürfen. Diese Kinder sind bisher noch viel zu wenig im Blick, gerade an den Förderschulen finden wir diese Kinder.

Wir werden davon ausgehen müssen, dass Schulen immer wieder schließen. Bei jedem lokalen oder regionalen Pandemiegeschehen werden Schulen und Kindergärten geschlossen, und zwar schnell geschlossen. Darauf müssen die Schulen vorbereitet sein, sie müssen schnell auf einen guten und geregelten Homeschoolingmodus, verknüpft mit einem Modus der Notbetreuung umschalten können, also werden wir wieder eine Doppelstruktur haben.

Wir werden auch die Wechselmodelle von Präsenzunterricht und Homeschooling weiterhin haben und brauchen. Schulen müssen darüber entscheiden können, welcher Wechsel vor Ort am sinnvollsten ist.

Noch ein Wort zu den Schülerinnen und Schülern, die in dieser Corona-Krise in der öffentlichen Wahrnehmung ziemlich vergessen worden sind. Coronabedingt ist viel

Lernen ausgefallen; da ist Unterrichtsstoff, der nachgeholt werden muss. Aber neben dem Stoff geht es auch um Lernerfahrung, um Lernen im Sinne von Lernen und sozialem Lernen. Diese Kinder und Jugendliche haben Lernrückstände. Dieser ausgefallene Unterricht muss nachgeholt werden.

Ministerpräsident Söder hat ja verkündet: Es gibt kein coronabedingtes Sitzenbleiben. – In der Sprache des Kultusministeriums heißt es dann: Den jungen Leuten wird ein Vorrücken auf Probe ermöglicht. Da brauchen die Schülerinnen und Schüler jetzt die Gelegenheit, das ausgefallene Lernen nachzuholen, denn sonst wird das Vorrücken auf Probe zum Stichtag 15. Dezember für viele zum Fiasko, wenn bis dahin die Fünfen weg sein müssen.

Es kann auch nicht sein, dass es jetzt kein coronabedingtes Sitzenbleiben gibt, aber diese Kinder dann alle im kommenden Schuljahr nach einem Jahr sitzenbleiben. Deshalb brauchen diese Schülerinnen und Schüler guten Unterricht und Angebote, etwa auch zusätzliche Kurse oder kleine Gruppen, um das entgangene Lernen nachholen zu können. Es geht hier um Bildungsgerechtigkeit; denn Kinder aus sozial schwächeren Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund, also immer da, wo die Eltern beim Homeschooling nicht helfen können, sind davon besonders betroffen. Diese Angebote müssen finanziert werden. Deshalb beantragen wir, dafür Mittel aus dem Corona-Fonds zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass Firmen aus dem Fonds ausgefallene Einnahmen ausgleichen können, aber Schülerinnen und Schüler müssen auch ausgefallenes Lernen ausgleichen können.

Herr Minister, greifen Sie auf diesen Fonds zurück, überlassen Sie das nicht den anderen Ministerien. Geben Sie das Geld an die Schulen, damit diese Schulbudgets mit entsprechenden Angeboten aufbauen und das zusätzliche Personal auch bezahlen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem Personal müssen wir uns klarmachen, dass wir einen Ausfall von rund 10 % der Lehrkräfte haben, die ein Attest vorweisen können, dass sie den Risikogruppen angehören. Je nach Durchschnittsalter der Kollegen ist das sehr unterschiedlich verteilt. Ich weiß von kleinen Grundschulen, bei denen die Hälfte der Belegschaft wegfällt. Das muss ausgeglichen werden.

Wir haben öfters darüber geredet: Wir haben eine Unterrichtskrise, wir haben eine Krise in der Lehrerversorgung an Grund- und Mittelschulen. Es fehlen 1.400 Stellen. Sie haben Maßnahmen beschlossen, wir haben sie kritisiert. Aber trotz Ihrer Maßnahmen wird es nicht reichen. Ich bezweifle, ob es wirklich klappt, dass Sie die 1.000 Stellen, die Sie mit Ihren Maßnahmen schaffen wollen, erreichen, da die Zahl der Anträge auf familienpolitische Teilzeit und auf begrenzte Dienstfähigkeit gestiegen ist. Wir sind gespannt, ob Sie diese 1.000 Stellen tatsächlich besetzen können.

Dann haben Sie noch weitere 400 Stellen, bei denen Sie bis heute nicht sagen können, wie Sie diese besetzen werden. Gut, Sie haben jetzt in der Corona-Zeit Pensionäre angesprochen. Das war nicht so richtig erfolgreich, vermutlich sind es 40, die jetzt in ganz Bayern kommen werden.

Also, der Stand heute vor Beginn des neuen Schuljahres ist: Erstens. Guter Unterricht für das neue Schuljahr ist nach derzeitiger Faktenlage, soweit wir aus dem Kultusministerium wissen, nicht gesichert.

Zweitens. Der gute Unterricht unter Pandemiebedingungen ist ohnehin nicht gesichert. Und drittens gibt es keine zusätzlichen Angebote für Schülerinnen und Schüler, um das ausgefallene Lernen auszugleichen.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine flexiblere Personalpolitik. Ein Schritt ist das Ermöglichen von Mehrarbeit von Grund- und Mittelschullehrkräften gegen Bezahlung. Bisher wurde die Mehrarbeit durch Arbeitszeitausgleich abgegolten. Das macht momentan niemand, da er die Zeit nie zurückbekommt. Wir brauchen freiwillige Mehr-

arbeit, die dann auch bezahlt wird. Wir brauchen schnell und unbürokratisch den schulortübergreifenden Einsatz von Lehrkräften sowie die Zweitqualifizierung.

Wir haben doch folgende Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben Absolventen für Realschulen und Gymnasien mit guten Abschlüssen, die in die Arbeitslosigkeit gehen. In ein paar Jahren fehlen die Lehrkräfte an diesen Schulen. Also müssen wir diese Leute doch jetzt an die Grund- und Mittelschulen bringen, damit möglichst viele junge Leute in die Schulen gehen können. Das muss doch die Devise sein. Sie sind gut ausgebildet, hochmotiviert und gehören keiner Risikogruppe an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes. Wir haben Künstlerinnen und Künstler, Pädagogen aus der außerschulischen Bildung, aus der Erwachsenenbildung, die coronabedingt keine Arbeit, keine Einkommen haben. Holen Sie diese Leute an die Schulen, geben Sie den Schulen Geld aus dem Corona-Fonds, damit diese Leute dann bezahlt werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie den Schulen das Geld auch, damit sie die Systembetreuer finanzieren können.

Wir leben in ungewöhnlichen Zeiten, wir müssen handeln. Es ist keine Zeit für "Alles ist gut".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Vizepräsident. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion aufrufen.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern Sie heute auf, Herr Minister Piazolo, die mangelnde Unterrichtsversorgung im kommenden Jahr nicht länger zu verschleiern.

(Beifall bei der SPD)

Wie soll es, frage ich Sie, Regelunterricht geben, wenn hinten und vorne die Lehrer fehlen? – Herr Kultusminister, bekennen Sie endlich Farbe. Ich finde es wirklich eine Unverschämtheit: Sie haben in Ihrem 30-seitigen Bericht zum nächsten Schuljahr keinerlei Fakten genannt, keinerlei Aussagen gemacht, wie der Lehrermangel behoben werden soll. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Erstens: Legen Sie endlich einen schriftlichen Bericht vor, in dem steht, ob Ihre Rekrutierungsversuche bei Lehrkräften erfolgreich waren oder nicht. Wie viel hat die Aussetzung des Antragsruhestands ergeben? Wie viel hat die Antragsteilzeit gebracht? Wie viel das Sabbatmodell? Wie viel das Arbeitszeitkonto an den Grundschulen? – Wir wollen die aktuellen Zahlen hierzu heute hören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bereits vor Corona haben 1.400 Lehrer gefehlt. Zusätzliche 10 % könnten wegen Corona ausfallen. Das wären 15.000 Lehrerinnen und Lehrer. Wie soll da Regelunterricht stattfinden?

Zweitens fordern wir Sie auf, in einem Konzept darzulegen, wie die Lehrerversorgung sichergestellt wird. Ich sage deutlich: Es geht nicht, dass die Schule vor Ort mit dem Problem alleingelassen wird. Wir können den Lehrermangel nicht auf dem Rücken von Schulleitern, Eltern und Kindern austragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Schulfamilie hat ein Recht auf Transparenz. Schulleiter müssen planen, Eltern müssen wissen, ob es Zusatzangebote wie zum Beispiel den Ganztag im nächsten Schuljahr gibt oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Drittens und letztens fordern wir Sie auf, endlich effektive kurz- und mittelfristige Maßnahmen zu ergreifen, um mehr Lehrerstunden zu erhalten. Aus unserer Sicht wäre es

unbedingt erforderlich, endlich Zulagen für Lehrkräfte zu zahlen, die mehr arbeiten. Ich hatte gestern ein Gespräch mit Förderlehrern. Deshalb: Das gilt im Übrigen auch für die Förderlehrer und die Fachlehrer. Also, Zulagen und eine bessere Bezahlung, das ist der richtige Weg. Lieber Herr Minister, werden Sie endlich aktiv.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Kollegin Strohmayr. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Professor.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In gebotener Kürze nenne ich fünf Gründe für unsere Ablehnung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN.

Erstens. Die GRÜNEN geben sich besorgt und unwissend, was denn da im neuen Schuljahr kommen könnte. Sie verschweigen im Kontext des Dringlichkeitsantrags aber völlig, dass zumindest die im Bildungsausschuss anwesenden GRÜNEN wissen – Herr Kollege Gehring, da gehören Sie nicht dazu –, dass es einen schriftlichen Bericht über 29 Seiten gibt. Zumindest die im Bildungsausschuss anwesenden GRÜNEN haben die mündliche Ergänzung und die Aktualisierung des Ministers gehört. Das wäre der erste Punkt. Eigentlich müsste man bei den GRÜNEN also alles wissen, was zu den einzelnen Punkten aktuell gesagt werden kann.

Damit bin ich beim zweiten Punkt. Der Minister hat am 2. Juli, das ist noch nicht lange her, ganz klar, und zwar sogar auf Antrag der GRÜNEN, diesen Bericht abgegeben. Er hat dabei die Planungen für das kommende Schuljahr ausführlich und umfassend dargelegt, mit allen möglichen Szenarien. Die Ziele des Dringlichkeitsantrags sind also schon aufgrund dieser zwei Gründe erledigt, es kommen aber noch drei weitere.

Drittens. Zu den sogenannten Feststellungen im Dringlichkeitsantrag müsste ich an dieser Stelle eine kleine Gedächtnisstütze abgeben. Da wird nämlich über den Lehr-

kräftemangel an den Grund- und Mittelschulen gesprochen. Natürlich ist das ein Thema. Die kurzfristigen Gegenmaßnahmen sind eingeleitet. Summarisch: Arbeitszeitkonto, kein Sabbatjahr mehr, Antragsruhestand erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres, eine Erhöhung der Antragsteilzeitgrenze. – Das alles ist längst bekannt, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Diese Maßnahmen werden durch langfristige Maßnahmen ergänzt, beispielsweise mit der Erhöhung der Uni-Studienplatzkapazitäten für die Grundschulen, und darüber hinaus greifen auch die mittelfristigen Maßnahmen, aber das hat Herr Kollege Gehring nur am Rande erwähnt. Ich bitte doch, die aktuellen Entwicklungen in den Blick zu nehmen, und zwar ganz konkret: die Zweitqualifizierungen für die Realschullehrer und die Gymnasiallehrer, die an Grund- und Mittelschulen eine Lehrbefähigung erwerben können. Sie können praktisch schon ab dem ersten Tag verbeamtet werden. All das sind Fortschritte auf diesem Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Die GRÜNEN als Hellseher: Da wird im Antrag und auch jetzt gerade wieder durch Herrn Kollegen Gehring behauptet, es sei schon sicher, wie es ab dem Herbst sein wird, nämlich ein Wechsel zwischen Präsenz und Lernen zuhause. Die Tendenz kennen wir aktuell doch alle nicht. Deshalb weise ich noch einmal auf die verschiedenen Szenarien hin, die der Minister vorsorglich im Bildungsausschuss aufgezeigt hat. Wenn es dann aufgrund der Infektionsentwicklung notwendig wird, dass man wieder zwischen Präsenz und Lernen zuhause abwechseln muss, dann sind dafür die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dann stellt sich die Frage, wie man das organisiert, und dabei kann man auf das zurückgreifen, was man jetzt schon in der Kombination gelernt hat. Dafür sind verschiedene Ausweitungen im digitalen Unterricht möglich. All das ist bedacht, das wurde angesprochen, das ist im Plan, wenn es denn notwendig wird. Heute aber zu sagen: So wird es – das ist nicht seriös.

Dann die Zusatzangebote: Auch hier hat man klar darauf hingewiesen, dass es möglich ist, den Wahlunterricht zu reduzieren, und dass es freiwillige Intensivierungsstunden gibt.

Ausfall von Lehrkräften: Gerade wurde von Herrn Kollegen Gehring eine Zahl genannt; da war die Rede von 50 % der Lehrkräfte, die ausfallen. Im Antrag stehen 10 %. Wie viel soll es denn bitte sein?

(Zuruf)

– Wo haben Sie das her? Im Antrag steht dazu nichts, Herr Kollege Gehring. Jedenfalls wurde auch dieses coronabedingte Problemfeld angesprochen. Das wird man selbstverständlich im Blick haben.

Ich komme jetzt zum vierten Grund für unsere Ablehnung. Maßnahmen, die nach Meinung der GRÜNEN getroffen werden sollen, gibt es schon längst. Die GRÜNEN wollen freiwillige Mehrarbeit bei Entgeltausgleich. Das ist nach den gesetzlichen Bestimmungen heute bereits möglich, sofern absehbar ist, dass kein Zeitausgleich möglich ist. Das Antragsbegehren "Zweitqualifizierung plus" ist nicht nur auf dem Weg, sondern die Zweitqualifizierung wurde deutlich attraktiver gemacht. Eines aber ist klar und deutlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Die Regierungsfraktionen werden ganz bestimmt keinen Seiteneinstieg eröffnen, der eine Qualitätsabsenkung im Unterrichtsniveau zur Folge hat. Das ist mit uns nicht zu machen.

Fünftens und letztens ziehe ich das Fazit zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag: Spielt ihr die Ahnungslosen, die angeblich uninformiert sind, damit ihr in die Medien kommt? – Das ist keine seriöse Politik. Wir sind alle umfassend und zeitnah informiert. Wir haben hier eine Diskussion im Bildungsausschuss gehabt. Diese Diskussion kann fortgesetzt werden, auch wenn die GRÜNEN das anders sehen. Aus den genannten Gründen werden wir den GRÜNEN-Antrag ablehnen.

Bei der SPD wird es noch interessanter. Da ist irgendwo eine gewisse Zäsur vorhanden. Ein fast wortgleicher Antrag, nur minimal modifiziert und bei kleinen Punkten anders, wurde nämlich bereits am 28.05.2020 unter der Drucksachennummer 18/8012 behandelt. Zu dem Bericht wurde schon Zustimmung signalisiert. Damit hat sich der erste Punkt des Antrags vollständig erledigt. Der zweite Punkt betrifft die Forderung,

ein Konzept vorzulegen. Der ist durch den Bericht und die Diskussion mit dem Minister im Bildungsausschuss ebenfalls erledigt. Wenn es hier unter Punkt 3 des Dringlichkeitsantrags heißt, dass man mehr Geld investieren soll, Sonderzahlungen, A 13, dann kann man dazu nur sagen: Wir haben ein noch nie dagewesenes Konzept mit Stellenhebungen auf den Weg gebracht für die Grund- und Mittelschulen nach A 13. Wenn der Bayerische Landtag dem Einzelplan 05 zustimmt, dann hat dieser mit 13,7 Milliarden Euro einen noch nie dagewesenen Rekordstand erreicht. Das ist gigantisch. Deshalb: Der Dringlichkeitsantrag der SPD hat sich auch erledigt. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Prof. Dr. Waschler. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN planen wieder einmal gerne das Unplanbare. Sie fordern ein Konzept für eine mögliche neue Pandemie-Ausnahmesituation, fordern von der Staatsregierung ein verbindliches Konzept, das alles regelt.

Dass die GRÜNEN alles regeln und vorschreiben wollen, ist hinreichend bekannt. Mit einem Minimum an Realitätssinn sollten Sie aber mitbekommen haben, dass für die nächsten Schuljahre keinerlei Reserven vorhanden sind, die komplette Versorgung auf Kante genäht ist und damit keiner Krisensituation standhält. Eine Online-Versorgung ist schon aufgrund der schlechten Datenleitungen in weiten Teilen Bayerns unrealistisch, und sie scheitert im Haushalt spätestens beim zweiten Kind, das parallel unterrichtet werden soll.

Ganz besonders erstaunlich ist, dass man glaubt, die Staatsregierung wäre der perfekte Lottospieler und könne sechs Unbekannte plus Zusatzzahl voraussagen. Unbekannte eins: Welche Pandemie wird kommen? Etwas vergleichsweise Harmloses wie COVID-19 oder ein Killervirus auf dem Niveau von Ebola? Unbekannte zwei: Zu welcher Jahreszeit schlägt das Virus zu? – Temperaturen und Lüftungsmöglichkeiten sowie Hygienekonzepte sind entscheidend für die Ausbreitung des Virus. Unbekannte drei: Wie lange dauert die Krisenphase? – Urlaub ist endlich, Lockdown normalerweise auch, allerdings nicht in Bayern. Unbekannte vier: Die Mehrzahl der außerschulischen Betreuungsmöglichkeiten ist privat organisiert und unterliegt nicht staatlicher Planung. Unbekannte fünf: Wie viele Lehrer sind durch das Virus als besonders Gefährdete nicht im Dienst? Unbekannte sechs: Hat Bayern bis dahin endlich begonnen, eine wirksame Schutzausrüstung zu bevorraten?Wir waren dieses Mal in unverantwortlicher Art und Weise absolut blank. Wir mussten ja zum entscheidenden Zeitpunkt wie immer die Welt retten. Ein Killervirus wäre ungebremst durchs Land gezogen.

Wenn das Kultusministerium diese sechs Unbekannten vorhersagen kann, sollte der Kultusminister Piazolo am Samstag Lotto spielen. Die Trefferquote von sechs Richtigen dürfte vergleichsweise erreichbar sein.

Zum SPD-Antrag hat Herr Prof. Waschler bereits alles ausgeführt. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Die Frau Abgeordnete Gabi Schmidt möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, was verstehen Sie denn bitte unter Schutzausrüstung? Die AfD sagt doch, man braucht keine Schutzausrüstung.

Das, was ich jetzt sage, ist weniger eine Frage als eine Feststellung: Wir werden die Kinder in Bayern nicht mit Gasmasken versorgen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sie haben jetzt keine Frage gestellt, trotzdem gebe ich eine Antwort. Wir haben eine Schutzausrüstung zu einem Zeitpunkt gefordert, als dies alle Fraktionen im Haus noch entschieden abgelehnt haben.

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, nächste Rednerin ist Frau Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN. Frau Kollegin Gottstein, kommen Sie bitte ans Rednerpult.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring sagt, ein "Alles-wird-gut"-Minister wäre schrecklich. Ja, was wäre denn, wenn wir einen "Alles-wird-nicht-gut"-Minister hätten? Das wäre ja, als wenn ein Trainer im Sport sagte: Wir brauchen gar nicht anzufangen; wir gewinnen sowieso nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist eine wirklich abstruse Haltung. Wenn nicht ein Ministerium Zuversicht ausstrahlt, wenn wir hier nicht Zuversicht ausstrahlen, wer soll es denn sonst tun? Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

Der Antrag ist hellseherisch. Das wurde von Herrn Kollegen Waschler schon gesagt. Er ist vor allem überholt, und er ist wenig hilfreich. Sie gehen von 10 Prozent aus, die ausfallen. Wenn ich hier schaue, wer alles zur Risikogruppe gehört – davon möchte ich das Podium nicht ausschließen –, dann weiß ich nicht, wie Sie auf 10 Prozent kommen. Das können weniger sein, das können mehr sein. Hier sind ganz viele anwesend, die der Risikogruppe angehören und sehr wohl ihre Tätigkeit ausüben.

(Zurufe)

Sie sind hellseherisch, wenn Sie sagen, Sie gehen vom Bestehen von Doppelstrukturen aus, sowohl von Präsenzunterricht als auch von Homeschooling. Der Herr Minister hat genau vorgestellt: Szenario A, Regelunterricht, Szenario B, sowohl Präsenzunterricht als auch Homeschooling, und Szenario C, nur Homeschooling.

Ihr Antrag ist völlig überholt. Das hat Herr Kollege Waschler dargestellt. Alle Maßnahmen, die Sie fordern, wurden bereits ergriffen. In der Begründung ist im Übrigen vom 07.01. die Rede. Das ist vielleicht ein Zahlendreher. Am 02.07. hat nämlich der Minister genau diesen Bericht, den Sie fordern, gegeben. Daher verstehe ich es nicht.

Ihr Antrag ist auch wenig hilfreich; denn er enthält keine einzige neue Idee. Sie sagen nichts, was nicht ohnehin schon in Angriff genommen worden ist. Sie sollten vielleicht einmal kreativ werden. Jede neue Idee wird aufgegriffen, aber Sie haben keine.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Das heißt, Sie haben darüber hinaus keine Idee. Alles, was wir an neuen Ideen hatten, haben wir verwirklicht. Sie bringen nichts Neues. Im Gegenteil. Sie eifern dem Alten nach und sagen, es passiere nichts. Dazu muss man wirklich sagen: Sie sind anscheinend nicht anwesend. Man sieht es an der Begründung. Der 7. Januar wird aufgeführt, einen Bericht gab es aber am 2. Juli.

Den SPD-Antrag halte ich für überaus problematisch. Er spricht davon, es solle nicht weiter verschleiert werden. Dies ist die Fortsetzung der Art, wie Opposition anscheinend meint, Ministerien schlecht darstellen zu müssen. Sie unterminieren in meinen Augen das Vertrauen der Bevölkerung in die Schulorganisation. Gerade jetzt brauchen wir ein Miteinander. Das haben wir aber nicht. Wir müssen Zuverlässigkeit ausstrahlen. Wir versuchen das auf allen Ebenen, gerade in den Schulen. Das brauchen die Eltern und nicht Ihre dauernde Kritik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Herr Abgeordnete Gehring erhält das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

(Zuruf – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ja, da fangen wir bei Ihnen an!)

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Kollegin, nehmen Sie erstens zur Kenntnis, dass die Idee, die der Kollege Waschler vorhin als Innovation eingebracht hat, dass nämlich Absolventen mit dem ersten Staatsexamen Lehramt Realschule in das Referendariat Mittelschule gehen können, eine Idee von den GRÜNEN ist, die noch in unserem Antrag vom Januar enthalten war und die Sie damals abgelehnt, aber jetzt übernommen haben.

Nehmen Sie zweitens zur Kenntnis, dass die Idee, in Corona-Zeiten Pensionäre anzuschreiben, keine besonders gute Idee war; denn es haben sich nur wenige gemeldet.

Drittens. Wenn ich Ihren Bericht aus dem Ausschuss lese, dann muss ich sagen, die Frage, wie diese 1.400 Lehrerstellen besetzt werden sollen, ist nicht beantwortet. Vor allem ist die Frage, wie diese Lücke von 400 Lehrern geschlossen werden soll, nicht beantwortet. Aber es ist nicht visionär, kurz vor Schulbeginn zu wissen, wie diese Stellen besetzt werden. Vielleicht können Sie mir das erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Gottstein, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich gebe zur Kenntnis, dass eine Idee, die Sie in irgendeinem Antrag formulieren, nicht bedeutet, dass diese nicht schon längst auch bei anderen Fraktionen vorhanden ist und nicht auch bereits im Hause da ist und im Hause bereits behandelt wurde. Das heißt, manche Vorstellungen hätten ja gar nicht so entwickelt werden können, wenn sie erst aufgrund einer Idee von Ihnen entstanden wären. Vielmehr ist bereits gründliche Vorarbeit geleistet worden, und diese Vorarbeit haben wir in diesem Schuljahr laufend gemerkt. Sogar vor einer Kommunalwahl hat es

das Ministerium gewagt, relativ unangenehme, weil verschiedene Gruppen treffende Maßnahmen zu benennen, um Transparenz zu schaffen.

Das war, wie gesagt, nicht nur Ihre Idee, sondern diese Idee war natürlich schon existent. Nur das kann ich dazu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gottstein. – Als Nächster hat Herr Kollege Matthias Fischbach, Abgeordneter der FDP-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kultusminister Piazolo, vor einem Jahr nannten Sie die Warnungen vor dem Lehrermangel noch Panikmache. Vor einem halben Jahr erklärten Sie hier, die Unterrichtsversorgung sei sicher. Und vor einem Monat sprachen Sie dann von der Vergänglichkeit von Gewissheiten. Das ist eine interessante Entwicklung. Ich bin gespannt, was Sie heute dazu sagen werden, was Sie auch zu Schulbeginn sagen werden, Herr Piazolo. Eines ist klar: Damit, die Schuld alleine auf Corona zu schieben, werden wir Sie nicht durchkommen lassen.

Die Probleme des Lehrermangels liegen bekanntermaßen viel tiefer. Sie sind systemisch. Wir erleben nur gerade wieder einen weiteren Ausschlag des Schweinezyklus. Wieder einmal müssen wir deshalb hier diskutieren, wie wir den Mangel verwalten. Bereits im Januar haben die Oppositionsfraktionen eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Ein Teil davon wurde auch schon aufgegriffen.

Die heutigen Vorschläge der GRÜNEN sind aus meiner Sicht auf jeden Fall unterstützenswert und eine weitere gute Ergänzung. Zum Antrag der SPD muss ich allerdings festhalten: Das ist alter Wein in neuen Schläuchen. Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen.

(Zuruf: Guter Wein!)

– Was den guten Wein anbelangt, sind wir wahrscheinlich geteilter Meinung, zum Beispiel, was A 13 für alle betrifft.

Aber neben der kurzfristigen Reaktion ist es mein großes Anliegen, dass wir eine langfristige Lösung suchen und dass wir schauen, wie wir vorankommen können, wie wir das Problem in seinen wesentlichen Teilen lösen können.

So haben wir zum Beispiel beschlossen, dass wir uns einmal über die Lehrerausbildung unterhalten. Wir haben, dankenswerterweise mit den GRÜNEN, schon im letzten Jahr mit unserem Minderheitenrecht im Ausschuss einen Vorstoß gemacht, sodass es eine Anhörung dazu geben wird. Dies ist ein Teil, wie wir erreichen können, dass wir die Ausbildung flexibilisieren und modernisieren können.

Aber es gibt noch einen zweiten Teil. Dieser ist aus meiner Sicht mindestens genauso wichtig. Der Lehrkräftemangel zeichnet sich ja nicht nur bei den Grund-, Mittel- und Förderschulen ab, sondern in unserem Schulsystem insgesamt. Deswegen müssen wir erstens überlegen, wie wir dieses Berufsbild erneuern und attraktiver gestalten können. Wir müssen wegkommen vom Bild des Paukers und hinkommen zum Bild des Coaches, der sich individuell um jeden Schüler kümmern kann.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens müssen wir uns über neue Laufbahnkonzepte Gedanken machen.Der Beruf des Lehrers sollte meiner Meinung nach nicht nur für lineare Karrierevorstellungen, sondern auch für Zickzack-Lebensläufe offen sein. Hierfür sollte das Lehramtsstudium attraktiver werden.

Drittens. Wir brauchen eine neue Motivationsspritze für den Lehrerberuf – das ist mindestens genauso wichtig – durch mehr Freiheit und Verantwortung. Die Lehrkräfte brauchen weniger kultusministerielle Schreiben, weniger Vorschriften, dafür aber mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Darum muss es gehen.

Herr Minister, Sie haben vorgestern den Gesetzentwurf – der aus meiner Sicht wenig ambitioniert war – zur Reformierung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vorgelegt. Schreiben Sie doch nächstes Mal ein richtiges Schulfreiheitsgesetz, dann werden Sie auch unsere Unterstützung bekommen, und zwar aus voller Überzeugung.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Fischbach, ich bedanke mich bei Ihnen. – Als nächstem Redner erteile ich dem fraktionslosen Kollegen Swoboda das Wort. Bitte denken Sie an Ihre Redezeit von drei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Derjenige, der absehbar noch längerfristig im Corona-Krisenmodus leben muss, darf nicht erwarten, dass für die folgenden Schuljahre eine bessere Planungssicherheit gewährleistet wird. Das ist schlichtweg utopisch. Der Lehrermangel ist ja nicht coronabedingt, sondern war schon lange vorher absehbar. Sie alle wissen das.

Frau Strohmayr, da Sie unseren Kultusminister grillen möchten, sage ich Ihnen: Schauen Sie auf die Zahlen in den rot-grün regierten Bundesländern. Sie werden feststellen, dass es dort keinesfalls besser gemacht wird als bei uns durch CSU und FREIE WÄHLER. Nach der Prognose der Bertelsmann Stiftung von 2019 fehlen bis zum Schuljahr 2025/26 etwa 26.000 Grundschullehrkräfte. Bereits 2018 hat die Kultusministerkonferenz festgestellt, dass bundesweit etwa 15.000 Grundschullehrkräfte fehlen. Diese Zahlen sprechen Bände. In ganz Deutschland gibt es zu wenige Lehrkräfte, alle Bundesländer haben geschlafen. Natürlich ist die Situation in Bayern nicht besser.

Frau Gottstein, Sie kritisieren eine Abgeordnete der Opposition dafür, dass sie Kritik an der Regierung übt. Aber genau das ist die Arbeit der Opposition, Kritik an der Regierung zu üben, wenn Ansätze zu finden sind. Diese Vorgehensweise ist demokratisch absolut okay. Darüber können Sie einmal nachdenken.

Mehr junge Leute werden sich nur dann für den Lehrerberuf entscheiden, wenn sie einen Beruf vorfinden, in dem auch die Work-Life-Balance passt. Die Ärzte fordern diese ja auch. Natürlich müssen dafür auch die Rahmenbedingungen der Berufsausbildung verbessert werden. Mehr Gehalt ist auch ein Argument für die jungen Leute. Für Grundschullehrer wird die Besoldungsgruppe A 13 gefordert. Das entspricht der Spitzenbesoldung in der 3. Qualifikationsebene. Die Belastungen für das Personal müssen verringert werden: verkleinerte Klassenstärke, mehr Lehrkräfte. Aber wenn wir nicht einmal die rekrutieren können, die wir nach Plan bräuchten, woher soll dann der Überhang kommen? – Dafür gibt es eine gute Lösung. Diese wurde von Herrn Weschler, Herrn Prof. Wachsler schon wieder abgelehnt. Ich spreche von der Rekrutierung von Quer- und Seiteneinsteigern.

(Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– Habe ich den Namen falsch ausgesprochen? – Ich lerne gerne dazu. – Die Sachsen machen es vor. Dort wurde ein Modell entwickelt. Dieses Modell würde ich Ihnen ans Herz legen. Natürlich haben Sie mit der Aussage recht, dass keine Qualitätsminderung des Unterrichts daraus folgen dürfe. Deshalb bedarf es bei der Qualifizierung dieser Leute einer verdichteten Heranführung an den neuen Beruf.

Abhilfe könnte kurzfristig dadurch geschaffen werden, dass für Kinder im Vorschulalter – im Alter von fünf oder sechs Jahren – Sprachlernklassen für Kinder mit Migrationshintergrund oder mit schlechter Sprachkompetenz eingeführt werden, um für die erste Klasse der Grundschule gut aufgestellt zu sein.

Zudem brauchen wir weiteres Personal an den Schulen, nicht unbedingt Lehrkräfte, sondern Heilerziehungspfleger, Kunsterzieher, Schulbegleiter und Lehrkräfte, die die Muttersprache der Migrantenkinder sprechen können. Es kommen immer mehr Menschen und Kinder aus anderen Ländern zu uns.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ferner brauchen wir vielleicht auch Eltern, die ihren lernunwilligen Kindern wieder die Schulfähigkeit anerziehen. Jetzt habe ich es doch auf den Punkt gebracht, oder?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Beurteilung überlasse ich anderen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich wünsche Ihnen allen besseres Gelingen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Kultusminister Prof. Piazolo. Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank an die Antragsteller, dass ich noch mal Gelegenheit habe, vor der Sommerpause ein paar Worte zu unseren Planungen fürs nächste Schuljahr zu sagen und auch zu dem, was in diesem Schuljahr stattgefunden hat. Dazu habe ich schon einiges im Bildungsausschuss gesagt. Wenn die GRÜNEN die Bildungspolitik in ihrem Dringlichkeitsantrag thematisieren, dann wäre es sinnvoll gewesen, einen der Bildungspolitiker, die im Bildungsausschuss gewesen sind, auch in der Plenarsitzung zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sehe, dass alle Bildungspolitiker der GRÜNEN, die im Bildungsausschuss sind, heute nicht anwesend sind.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist schon eine Überlegung wert. Es deutet auch darauf hin, wie man die Wertigkeit des eigenen Dringlichkeitsantrags sieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich unterstütze die Aussage von Herrn Fischbach: Es ist immer wichtig zu motivieren. Eine Motivationsspritze ist auch für die Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Aber die ersten beiden Wortbeiträge von den GRÜNEN und der SPD sind wohl von keiner Lehrkraft als Motivationsspritze wahrgenommen worden. Das glaube ich nicht, sondern das ist meine Überzeugung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn man die Schulen und die Leistungen derer, die dort tätig sind, immer nur schlechtmacht, dann muss man schon auch aufpassen. Die Kritik betrifft ja nicht nur das Kultusministerium. Natürlich ist das auch die Aufgabe der Opposition. Die eine oder andere Kritik nehme ich bewusst zur Kenntnis, setze mich dieser aus und diskutiere sehr gerne darüber. Aber man muss aufpassen, nicht ein ganzes System in den Blick zu nehmen. Aussagen treffen dann auch mittelbar immer diejenigen, die dort tätig sind.

Lieber Kollege Gehring, ich weiß nicht, ob die Lösung des Themas der Unterrichtsversorgung darin liegen kann, dass man nur Künstler an die Schule bringt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Doch, das war ein wesentlicher Vorschlag der GRÜNEN gewesen: Künstler an die Schulen zu bringen. Ich habe grundsätzlich nichts dagegen, den einen oder anderen Künstler an der Schule zu haben. Aber mein Ziel seit vielen, vielen Jahren ist – das sage ich ganz deutlich –, Lehrkräfte mit zwei Staatsexamen im Schulsystem zu haben. Diese sind pädagogisch ausgebildet und können fachspezifisches Wissen vermitteln. Das ist uns wichtig. Das mag in anderen Bundesländern nicht so sein, aber jedenfalls in Bayern achten wir auf eine hohe Fachkompetenz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte einen kleinen Hinweis zum heutigen Antrag der SPD geben. Ich gebe gerne einen Bericht. Das habe ich erst vor einigen Tagen im Bildungsausschuss

getan. Der 30-seitige Bericht, auf den jetzt angespielt wurde, geht zurück auf eine Bitte der GRÜNEN, über das Schuljahr 2019/2020 zu berichten und nicht über das nächste Schuljahr. Ich nehme solche Anfragen sehr ernst. Wenn dieser Bericht vorgelegt worden ist und sich die Anfrage auf das Schuljahr 2019/2020 bezogen hat, dann kann man sich nicht darüber beklagen, dass im Bericht nichts über das Schuljahr 2020/2021 steht. Hierfür muss die Frage einfach anders gestellt werden.

(Zuruf)

Aber selbstverständlich werden wir dann auch gerne einen Bericht darüber geben. Dieser Bericht wird zum nächsten Schuljahr erarbeitet werden.

Gestatten Sie mir ein paar Worte zu dem, was in den letzten Monaten passiert ist, und zu dem, was wir planen. Die bisherige Corona-Strategie für Bayerns Schulen war richtig. Das ergibt sich nicht nur aus der Sicht ex ante, sondern auch aus der Sicht ex post. Das ist übrigens immer schwierig, gerade in einer Krisensituation. Ich gebe offen zu, dass niemand von uns auf Corona vorbereitet war.Ich glaube, nicht einmal die Opposition hat damit gerechnet. Es ist eine neue Situation. Deshalb ist es nicht immer einfach, von vornherein alles zu bedenken und alles zu wissen, also bereits heute zu wissen, wie das Infektionsgeschehen Corona im September sein wird. Das wäre mehr als Hellseherei. Wir sehen es gerade in Israel und Australien, etwa in Melbourne, und in vielen anderen Ländern, zum Beispiel auf dem Westbalkan, wie sich die Dinge verändern können. Deshalb ist es eine gewisse Hybris, sich jetzt hinzustellen und zu sagen: Wir wissen im Grunde genommen, was im September sein wird. Trotzdem war das, was wir in der Schulpolitik eingeleitet haben, etwa die frühe Schulschließung, ein wichtiger Teil und richtig. Da war Bayern vorne dran.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege Halbleib, dazu sage ich gleich noch etwas.

Ich weiß es, weil ich in der Kultusministerkonferenz dabei war. Ich weiß es, weil ich mit Ministerpräsident Söder gesprochen habe und wir mit der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin eng verknüpft waren, in der dies entschieden wurde. Es war richtig, dass wir die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer an erste Stelle gestellt haben. Dieses Thema hat Priorität. Das haben natürlich alle Minister, das gesamte Kabinett, an die Spitze gestellt. Die Gesundheit war das Wichtigste und ist das hohe Gut. COVID-19 sollte man nicht unterschätzen. Das sage ich ganz deutlich. Das ist eine Krankheit, die wir in allen Details noch nicht kennen. Deshalb ist es gut, Vorsicht walten zu lassen, und das haben wir in den letzten Monaten getan. Das war der richtige Ansatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das schrittweise Hochfahren des Schulunterrichts war richtig. Wir haben einen Vier-Stufen-Plan aufgelegt. Es ist sinnvoll, aus jedem Schritt zu lernen. Die Strategie der Bayerischen Staatsregierung ist es, in Zwei-Wochen-Schritten vorzugehen, um zu sehen: Was hat der erste bzw. letzte Schritt bewirkt? Hat man das Infektionsgeschehen im Griff? Deshalb war es richtig, nicht alle Schulen auf einen Schlag zu öffnen, sondern einen vierstufigen Fahrplan umzusetzen, die Maßnahmen zu evaluieren – gerade auch in Bezug auf die Situation im Juli – und mit der Schulfamilie viele Einzelgespräche zu führen. Wir haben bewusst gesagt: Wir wollen im Juli nicht alle Schüler auf einen Schlag in die Schulen bringen. Auch das war richtig, wurde mit der gesamten Schulfamilie abgesprochen und durch die kultusministeriellen Schreiben entsprechend gesteuert.

Wir haben faire Bedingungen geschaffen. Wir haben das Lernen zuhause unterstützt. Für jeden einzelnen Schüler ist ein Leihgerät da. Es gibt jeweils Ankommensphasen, wenn die Kinder in die Schulen kommen.

Im Gegensatz zu den GRÜNEN halte ich das Vorrücken auf Probe für vernünftig. Ich halte es für eine gute Maßnahme, dass wir dies auf den Weg gebracht haben. Herr

Gehring, selbstverständlich werden wir im nächsten Schuljahr eine Heranführungsstrategie und entsprechende Maßnahmen vorsehen, damit die Schülerinnen und Schüler, die auf Probe vorrücken, angemessene Bedingungen haben. Darüber habe ich bereits gesprochen.

Auch beim Übertritt haben wir faire Bedingungen geschaffen. Die Zahlen legen es nahe, dass es hier kein Ausreißen nach oben und nach unten gegeben hat. Das ist wichtig für die Planungen. Auch dazu gab es Vorschläge bestimmter Gruppierungen, die gesagt haben: Übertritte machen wir nicht mehr, Proben schreiben wir nicht mehr, die Klausuren werden hochgerechnet. Auch in Richtung Abitur – dazu sage ich später noch ein Wort – kamen Vorschläge, etwa: Warum denn ein Abitur schreiben? Rechnet doch einfach die Noten hoch.

Es war richtig, die Abschlüsse zu garantieren. Es sollte eben kein Corona-Abschlussjahr sein. Vielmehr sollten all diejenigen Schülerinnen und Schüler, die an den Schulen Abschlüsse anstreben, diese erhalten. Insofern waren die zeitliche Verschiebung der Termine, die gezielte Vorbereitung in Kleingruppen, die wir gemacht haben, und die teilweise Anpassung und Berücksichtigung bezüglich Corona richtig. Das Abitur so durchzuführen war der richtige Weg. Niemand, der in diesem Jahr in Bayern Abitur gemacht hat, hat ein Corona-Abitur, sondern ein vollwertiges Abitur mit hohem Leistungsniveau, mit viel Qualität und einen guten Abschluss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es wird wohl nicht bestritten, dass wir eine hohe Qualität sichergestellt haben. Das werden wir weiter tun. Und: Wir haben das Lernen zuhause durch Digitalisierung unterstützt. Es hat selbstverständlich nicht überall funktioniert; denn es ist etwas Neues, das man ausprobieren muss. Ich sage auch ganz deutlich – denn es kam immer viel Kritik an mebis –: Ich bin froh, dass es mebis gibt. Wir haben mebis weiterentwickelt. mebis war und ist als Plattform für den Präsenzunterricht gedacht, aber nicht unbedingt für das Lernen zuhause. Das haben wir entsprechend umgestrickt. Wir unterstüt-

zen das Ganze mit MS Teams und stellen Leihgeräte zur Verfügung. Auch haben sich auf diesem Gebiet sehr, sehr viele Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet und außerordentlich viel gemacht. Auch sage ich ganz deutlich: Ich lasse hier nichts auf die Lehrerinnen und Lehrer kommen; denn sie haben sich auf diese neue Situation eingestellt und viel, viel Herzblut und Zeit investiert. Sie haben es gut gemacht. Sie haben es in dieser Situation gut gemacht! Deshalb mein herzlicher Dank an sie.

(Beifall)

Natürlich läuft nicht alles perfekt. Es wäre falsch, wenn man das sagen würde. Ich habe mich auch nicht hingestellt und gesagt, alles werde gut, alles sei gut. Das stimmt nicht. Das war, glaube ich, eine Moderatorin, die das zum Abschied ihrer Sendungen immer gesagt hat. Das ist nicht meine Sprache, sondern man muss die Situation analysieren. Es ist vieles gutgegangen. Aber selbstverständlich kann man aus den Dingen lernen und viele Vorschläge aus den Reihen insbesondere natürlich der Regierungsfraktionen aufnehmen. Das habe ich auch getan. Deshalb mein Dank an beide Regierungsfraktionen. Mein persönlicher Dank gilt aber auch denjenigen, die im Bildungsausschuss sitzen; stellvertretend dem Sprecher Gerhard Waschler und Eva Gottstein. Vieles haben wir gemeinsam gestemmt. Viele Vorschläge haben wir aufgenommen, auch Vorschläge der Opposition. Ich sehe übrigens kein Problem darin, Vorschläge der Opposition aufzunehmen. Darum zu rangeln, welche Idee zuerst da war und wer was gemacht hat, das gehört natürlich zum politischen Selbstverständnis. Daran will ich mich jetzt aber nicht beteiligen. Mein Dank geht auch an die Eltern und Schüler, die diese Situation angenommen und entsprechend reagiert haben.

Was ist für das nächste Jahr geplant? – Ich will ein paar Stichworte nennen. Vielleicht kommt noch die eine oder andere Nachfrage, dann kann man es noch deutlicher sagen. Wir haben im Bildungsausschuss eine Stunde darüber geredet; deshalb will ich mich kurzfassen: Ziel der Regierung ist ein Regelbetrieb unter Hygieneauflagen. Das wollen wir. Aber wir können jetzt, zwei Monate vor Schuljahresbeginn, noch nicht sagen, wie die Zahlen sein werden. Wir haben als Kultusministerium vier Alternativ-

szenarien, also für jede denkbare Situation eine Alternative, von einem weitgehenden Lockdown – was wir alle nicht hoffen – bis hin zu regionalen Hotspots.

Wir werden die Bedingungen für das Distanzlernen weiter verbessern. Wir sind insofern nicht nur mit den einzelnen Fraktionen in intensiven Gesprächen – da gibt es entsprechende Vorstellungen –, sondern auch mit anderen Häusern. Ich weiß, dass dieses Thema dem Ministerpräsidenten genauso am Herzen liegt wie mir. Da werden wir noch einiges voranbringen.

Wir haben Ferienprogramme und eine Heranführungsstrategie für diejenigen ausgearbeitet, die coronabedingt nicht den gewünschten Lernstand erreichen konnten. Das werden wir bis Allerheiligen, teilweise bis Weihnachten durchführen, je nach Schulart. Selbstverständlich ist es auch das große Ziel, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

Übrigens ist da auch A 13 ein Thema. Ich sage das immer ganz deutlich. Meine Meinung ist klar: Ich bin bei Grund- und Mittelschulen für diese Eingangsbesoldung. Hierüber gibt es in den Fraktionen gewisse unterschiedliche Meinungen. Aber man setzt sich damit auseinander, diskutiert und bringt einiges voran. Im letzten Jahr haben wir 2.000 neue Beförderungsstellen geschaffen, also so viele Stellen, wie seit der Einführung des Neuen Dienstrechts nicht mehr. Herr Waschler hat es schon gesagt. Das war ein großer Wurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich ist es das Bestreben eines Kultusministers, das auch weiterzuführen. Übrigens wurden alle bisherigen Maßnahmen, wie etwa die Zweitqualifikation, die schon über 3.000 Lehrer durchlaufen haben, und die dienstrechtlichen Maßnahmen – ich kann sie nachher nochmals ausführen –, von der Opposition abgelehnt. Hätten wir aber diese Maßnahmen nicht, würden uns im nächsten Schuljahr zur Unterrichtsversorgung über 1.000 Lehrer fehlen. Freiwillige Maßnahmen und das Schreiben an die Pensionisten habe ich bereits erwähnt. Natürlich bringen wir auch ein Corona-Sonder-

paket auf den Weg. Die Zweitqualifikation 2020, die von den GRÜNEN scheinbar übersehen wurde, wird im Antrag nochmals beschrieben. Das machen wir also schon.

Auch zu den Risikogruppen kann ich gerne etwas sagen: Diese Gruppen sind natürlich im Dienst. Ferner gibt es flexible Lösungen. Mehrarbeit kann man natürlich vergüten. Das werden wir auch tun.

Abschließend möchte feststellen: Wir sind im Kultusministerium ein pädagogisches Haus. Das heißt, es liegt uns am Herzen, die Unterrichtsversorgung nicht nur sicherzustellen, sondern möglichst guten Unterricht zu gewährleisten, egal in welchen Zeiten. Das ist das Ziel, das wir anstreben. Das ist mein persönliches Ziel. Das ist das Ziel der Regierungsfraktionen, aber auch des ganzen Hauses. Deshalb bedanke ich mich für die Unterstützung aller.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wenn Sie bitte noch für zwei Zwischenbemerkungen bleiben möchten. – Ich möchte allerdings die Gelegenheit für einen Dank nutzen. In diesen Stunden und Tagen werden sehr viele Abiturzeugnisse und andere Abschlusszeugnisse verliehen. Ich glaube, ich darf auch im Namen der Präsidentin sprechen, wenn ich diesen jungen Leuten, die jetzt ihr Abiturzeugnis am Gymnasium oder ihr Abschlusszeugnis an den anderen Schulen erhalten, ganz herzlich gratuliere und ihnen danke, dass sie in so schwierigen Zeiten diese Leistungen erbracht haben. Respekt vor unserer Jugend in Bayern!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt, Herr Halbleib, haben Sie das Wort. – Frau Strohmayr, Entschuldigung. Sie haben getauscht.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, danke, dass Sie am Schluss doch noch darauf eingegangen sind, was uns im kommenden Schuljahr erwartet. Allerdings haben Sie die alles entscheidende Frage wieder nicht beantwortet:

Wie viele Lehrerstellen fehlen? Das wäre die Frage. Das ist der Punkt, auf den wir es mal bringen müssen, damit wir letztendlich planen können. Das ist unfair, dass Sie uns alle hier im Nebel tappen lassen; das ist unfair gegenüber den Schulleitern, die vor Ort planen müssen; das ist unfair gegenüber den Lehrkräften, die nicht wissen, was sie erwartet; das ist unfair gegenüber den Eltern.

Ich habe eine Tochter, die jetzt in der vierten Klasse ist. Ich möchte wissen: Findet der Ganztagsunterricht im nächsten Jahr statt, oder muss ich privat etwas organisieren? So wie mir geht es leider ganz vielen hier in diesem Land. Das ist auch unfair gegenüber den Kindern. Viele Kinder haben Lücken aufgebaut. Die müssen wir schließen.

Ich habe heute eine Antwort auf eine Anfrage zu den Fördermaßnahmen bekommen. Die Fördermaßnahmen von Ihnen sind mit null Komma null Zusatzlehrerstunden hinterlegt. Das kann doch nicht sein. Wie sollen denn die Lücken geschlossen werden, wenn wir keine zusätzlichen Stunden gewähren?

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Wir haben einen ganz konkreten Vorschlag gemacht, über den es sich nachzudenken lohnt. Er betrifft die Zulagen für Lehrerinnen und Lehrer, auch für Förderlehrer. Das wäre ein einfaches Instrument. Es ist doch klar: Wenn ich etwas mehr verdiene, dann bin ich vielleicht auch bereit, Mehrarbeit zu leisten. Also, denken Sie darüber noch mal nach!

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Erste Bemerkung. Selbstverständlich bin ich dafür, dass auch Lehrkräfte – ich habe es erwähnt – in A 13 mehr verdienen. Aber ich weise die Behauptung zurück, dass ich glauben würde, dass Lehrer erst dann mehr arbeiten, wenn sie mehr verdienen. Sie arbeiten schon jetzt sehr gut. Sie arbeiten jetzt sehr intensiv. Es ist nicht so, dass Lehrer nur aufs Geld schauen und nur dann Leistung bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweite Bemerkung. Selbstverständlich habe ich schon vor Corona, im November letzten Jahres gesagt, dass uns, wenn wir nichts tun, 1.400 Lehrkräfte fehlen würden. Deswegen haben wir Maßnahmen eingeleitet – Maßnahmen, die übrigens von der Opposition bekämpft worden sind. Diese Maßnahmen greifen. Ich gehe nach jetzigem Stand davon aus, dass wir diese 1.400 haben.

Selbstverständlich wird dazukommen, dass wir aufgrund von Corona, aufgrund der Tatsache, dass einige Lehrkräfte zu den Risikogruppen gehören, zusätzliche Lehrkräfte brauchen. Aber es ist nicht der Fall, dass diejenigen, die zu Risikogruppen gehören, nicht arbeiten. Sie sind im Dienst. Sie werden auch dann die beamtenrechtlichen vierzig Stunden leisten, wenn sie nicht im Unterricht sind. Dafür gibt es verschiedene Ideen.

Zusätzlich werden wir – ein paar Punkte habe ich genannt, ein paar werden noch dazukommen – schauen, dass wir möglichst viele gut qualifizierte Lehrkräfte in unsere Schulen bekommen. Aber – letzter Satz –: Niemand wird heute sagen können, wie im September die Schule exakt starten wird, weil wir nicht wissen, wie hoch dann die Infektionszahlen sind. Deshalb haben wir vier verschiedene Szenarien.

(Zuruf)

– Auch die SPD weiß es nicht.

(Zuruf)

– Doch, gern, habe ich doch gerade gesagt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Vizepräsidenten Gehring. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ja, gern.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Piazolo, schön, dass Sie gesagt haben, dass sich dieser Bericht im Bildungsausschuss auf die Vergangenheit bezogen hat. Dem Kollegen Waschler ist es offensichtlich entgangen, obwohl er anwesend war.

Sie haben die meiste Zeit über das vergangene Schuljahr geredet und wenig über das kommende Schuljahr. Ein bisschen weiß ich schon auch noch was über Bildungspolitik. Das kommende Schuljahr wird im Juli geplant, im Kultusministerium, aber auch in den Schulämtern und bei den Schulleitungen. Dann muss man irgendwann über Zahlen reden, weil sich da vieles entwickelt. Sie sagen hier einfach nichts über Zahlen.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Doch.

Thomas Gehring (GRÜNE): Doch, Sie haben gesagt: 1.400 Lehrerstellen fehlen.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ja.

Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist die Zahl vom Januar. Dann ergreifen Sie Maßnahmen. Daraus ergibt sich, dass diese Maßnahmen zu etwa 1.000 Stellen führen sollen.

Da lautet meine erste Frage: Greifen die Maßnahmen tatsächlich so? Wie sieht es mit der zunehmenden Zahl von Anträgen auf familienpolitische Teilzeit und gesundheitspolitische Teilzeit aus?

Das Zweite betrifft die Frage der 400 Stellen, die fehlen. Sie haben die Pensionäre angeschrieben. Sagen Sie uns bitte, durch wie viele Pensionäre sich wie viele Stellenbesetzungen ergeben, wie groß dann die Differenz zu den 400 ist und wie Sie die Differenz zu den 400 ausgleichen werden. Diese Zahlen muss man jetzt auf den Tisch legen, und Sie können sie bisher nicht liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Noch mal: Bitte genau zuhören. Erstens. Ich habe gesagt: In dem schriftlichen Bericht, den wir auf Antrag der GRÜNEN gegeben haben, ging es um das jetzige, laufende Schuljahr, nicht um das, was ich im Bildungsausschuss gesagt habe. Da habe ich auch schon sehr viel zum nächsten Schuljahr gesagt. Deshalb bitte immer genau zuhören.

Zweitens. Wir haben nicht ein vergangenes Schuljahr, sondern ein laufendes Schuljahr. Es läuft noch, lieber Kollege Gehring, das läuft noch. Ich bitte auch, nicht den Eindruck zu erwecken, dass jetzt schon alle in den Urlaub gehen können. So ist es nicht, sondern ich bitte, auch denjenigen – das mag ich auch sehr gerne –, die einen Schulwechsel vor sich haben, am letzten Tag die Zeugnisse zu geben.

Drittens. Ich habe die Zahlen zu den Pensionären schon genannt. Wir haben über 200 Pensionäre, die sich auf unser Schreiben gemeldet haben und die gerne bereit sind, freiwillig – es war immer freiwillig – in die Schulen zu kommen und ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Ich sage es noch mal an dieser Stelle: Wenn die Opposition es nicht möchte, dann soll sie es sagen. Wollen Sie rein persönlich, dass die Leute in die Schule kommen, ja oder nein? Sie kritisieren in jeder Sitzung, dass wir es gemacht haben. Trotzdem kann dann die Frage kommen: Will das die SPD, wollen es die GRÜNEN, oder sagen Sie: Die 200 sollen außerhalb der Schule bleiben? Denn wenn Sie alle Maßnahmen, die wir ergreifen, immer nur kritisieren, aber sich dann hinstellen und fragen, ja, wo sind denn die Lehrer, dann bin ich froh, dass wir in der Verantwortung sind und die Aufgaben in Angriff nehmen. Ich nenne Ihnen gerne auch im persönlichen Gespräch die exakten Zahlen. Dafür ist manchmal hier die Zeit zu kurz. Aber über 200 sind es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Staatsminister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8961 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die anderen Fraktionen einschließlich Herrn Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/9003 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, das ist die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und Herr Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Aus den Reihen der FDP. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.